

hochschule

Erst lernen, dann zahlen

Viele deutsche Gebührenvorschläge orientieren sich am australischen Modell. Ein Vorbild mit Fehlern

Von **Jan-Martin Wiarda**

22. Januar 2004 / Quelle: (c) DIE ZEIT 22.01.2004 Nr.5

AUS DER ZEIT NR. 05/2004



Einmal ist Anthony sogar mitmarschiert bei einer der Studentendemos; die Linden hinauf, in Richtung Alexanderplatz. Hat sich alles genau angeschaut: die entschlossenen Gesichter, die bemalten Bettlaken, die Plakate. Hat sich die Parolen übersetzen lassen: keine Kürzungen an den Hochschulen, voll finanzierte Studienplätze, keine Studiengebühren. Hat sich so seine Gedanken gemacht. Und lieber doch nichts gesagt, schließlich verbringt er nur seine Semesterferien in Berlin. Wie hätte der 23-jährige Student aus Sydney seinen deutschen Freunden auch erklären sollen, dass er das mit den Studiengebühren eigentlich ganz in Ordnung findet? Ein andermal hat ihn sein Kumpel Clemens in den Computer-Pool der Technischen Universität mitgenommen. Schlangen genervter Studenten hat Anthony dort gesehen und veraltete Technik. Da hat er doch etwas sagen müssen: Wenn das der Preis kostenloser Bildung ist, dann kommt sie auf Dauer ganz schön teuer. "Ich zahle gerne für mein Studium, solange ich dafür die bestmögliche Ausbildung bekomme", sagt Anthony.

Exakt 5367 Dollar (3204 Euro) werden auf der Rechnung stehen, die ihm die Universität von Wollongong in New South Wales dieses Jahr schicken wird – dann, wenn in Australien das Herbstsemester beginnt und Anthony Westphal von seiner ersten Reise nach Europa zurück ist. 5367 Dollar für zwei Semester Ingenieurwissenschaften, doch zahlen wird Anthony erst mal gar nichts. Beglichen wird die Rechnung nach dem Examen, wenn Anthony ein bestimmtes Mindesteinkommen verdient. Verteilt wird die Rückzahlung über viele Jahre. Bis dahin gewährt die Regierung einen praktisch zinslosen Kredit. Das ist die soziale Komponente der "nachlaufenden Studiengebühren", die Australien vor 15 Jahren eingeführt hat und für die es international viel Lob gegeben hat. Seither muss immer dann, wenn wieder ein Land über die Einführung von Studiengebühren nachdenkt, das australische Modell als

Vorbild erhalten.

Derzeit sind es deutsche Bildungsexperten, die sich mit Australiens Higher Education Contribution Scheme (HECS) vertraut machen. "Eine gewisse Genialität" bescheinigt Detlef Müller-Böling vom Centrum für Hochschulentwicklung dem australischen System: Es mache die Studienfinanzierung elternunabhängig und kopple sie ans zukünftige Einkommen. "Nur wer einen finanziellen Vorteil aus seinem Studium zieht, muss am Ende auch zahlen."

Wer mehr über HECS erfahren will, kommt an einem Mann nicht vorbei: Bruce Chapman, Volkswirtschaftsprofessor an der Australian National University in Canberra. Zunächst sagt Chapman die Sätze, die man von ihm als dem Erfinder des Higher Education Contribution Scheme auch erwartet: "Alle Untersuchungen belegen, dass HECS entgegen allen Befürchtungen ärmere Menschen keineswegs vom Studium abgehalten hat. Es ist ein faires System." Doch dann hört sich Chapman nachdenklich an, fast enttäuscht. "Ja", sagt er. "Es ist wahr, die eingenommenen Studiengebühren sind nicht direkt an die Universitäten geflossen. Die Regierung hat sie genutzt, um ihren eigenen Beitrag zu verringern."

Der Staat zieht sich zurück

Und der Rückzug der Politik war drastisch: Anfangs deckten die Studiengebühren in Australien gerade 10 Prozent der Universitätsbudgets; inzwischen hat die Regierung den Gebührenanteil auf fast 40 Prozent hochgeschraubt und ihre Zuschüsse zurückgefahren. Zwar ist die Zahl der australischen Studenten seit den Achtzigern tatsächlich auf mehr als das Doppelte gestiegen, wie die Regierung anführt, doch hat sich das Zahlenverhältnis zwischen Studenten und Lehrenden verschlechtert, und die Ausgaben pro Student sind real gesunken. Das behauptet nicht nur die Hochschullehrergewerkschaft National Tertiary Education Union, das kann man in Chapmans Studien nachlesen.

Allerdings konnte auch die Regierung kein schnelles Geld machen, im Gegenteil: Die HECS-Kredite übersteigen derzeit die Summe der geleisteten Rückzahlungen um 9 Milliarden Dollar. Bis 2007 erwarten Experten sogar 15 Milliarden, die die Regierung zuschießen muss. Mehr als ein Fünftel, so die Schätzung, wird sie nie wiedersehen.

Anfangs war das HECS noch simpel. Entwickelt hatte Chapman das System im Auftrag der Labour-Regierung, die mehr Studenten an die Hochschulen holen wollte, aber das Geld dafür nicht hatte. Einen Einheitstarif von 1800 Dollar pro Jahr gab es, unabhängig vom Studienfach. Die Einkommensschwelle für den Beginn der Rückzahlung lag bei 30000 Dollar pro Jahr. Studenten hatten

zudem die Wahl zwischen dem kostenlosen Regierungskredit und der sofortigen Tilgung mit 25 Prozent Rabatt. Das war alles und blieb so bis 1996. Dann kam der Regierungswechsel in Australien, und der neue, konservative Premier John Howard drehte an ein paar Schrauben: Die Einkommensschwelle sank auf 21000 Dollar, ein Dreistufentarif je nach Studienfach ersetzte die Einheitsgebühr. Seitdem zahlen Jurastudenten mehr als Ingenieure und Ingenieure mehr als Geisteswissenschaftler. Howard begründete die unterschiedlichen Tarife mit den unterschiedlichen Einkommenserwartungen der Absolventen. Obendrauf packte die Regierung eine 40-prozentige Erhöhung der Gebühren – was nicht der letzte Anstieg bleiben sollte. "Das HECS war gedacht als eine Art Sozialvertrag", sagt Simon Marginson, Bildungswissenschaftler an der Monash University in Melbourne. "Doch mit den Jahren hat die Regierung die Tarife in einem Maß angehoben, dass sie diesem Grundgedanken widersprechen." Ein Jahr Jurastudium kostet jetzt 6283Dollar, dreieinhalbmal so viel wie 1989, und selbst ein Pädagogikstudium, zur billigsten Gebührenstufe gehörig, schlägt mit fast 3800 Dollar zu Buche.

Unter Studenten hat Bruce Chapmans Idee von ihrem guten Ruf dennoch kaum etwas eingebüßt. Für Anthony Westphal ist das HECS gar "die perfekte Verbindung zweier an sich widersprüchlicher Notwendigkeiten": Einerseits bräuchten die Hochschulen immer mehr Geld, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, und das gehe nun einmal nur, wenn sich auch die Studenten an den Kosten beteiligten. Andererseits müsse sich jeder ein Studium leisten können, der dazu intellektuell in der Lage ist. "Das gebietet schon die ökonomische Vernunft", sagt Anthony. Er selbst hat sich für das HECS-Darlehen entschieden, obwohl er nach zwei Jahren Arbeit als Technischer Angestellter eigentlich genug Geld auf der hohen Kante hatte, um die ersten Semester bar zu zahlen. Doch er wollte seinen Lebensstil nicht einschränken. Dank des HECS muss er nicht jobben und kann weiter durch die Welt reisen.

Die Qualität der Lehre stimmt

"Ohne das HECS hätte ich nicht studieren können", sagt dagegen Felicity Anderson, die an der Universität von New South Wales in Sydney Architektur studiert. Sie ist eines von sieben Kindern. Am Ende ihres vierjährigen Studiums wird sie mindestens 20000 Dollar Schulden bei der Regierung haben. Genau hat sich das die 20-Jährige noch nicht ausgerechnet. Darüber mache sie sich jetzt keine Gedanken, sagt sie. Das Leben in der Millionenmetropole ist schon so teuer genug. Felicity wohnt bei ihren Eltern, eine eigene Wohnung kann sie sich nicht leisten. Um sich ein paar Dollar dazuzuverdienen, betreut sie die Website einer Bauholzfirma. Und trotzdem, Studiengebühren gingen in

Ordnung, sagt sie und ergänzt: Klar wäre ein kostenloses Studium toll – aber nur für sie als Studentin. "Alles dem Steuerzahler aufzubürden, das wäre nicht fair. Wer am meisten profitiert, kann auch was zahlen." Über den HECS-Umweg natürlich.

So sehen die meisten australischen Studenten nachlaufende Studiengebühren als geringeres Übel – Hauptsache, die Qualität der Lehre stimmt. Die Akzeptanz hat auch damit zu tun, dass das HECS bisher praktisch keine Nebeneffekte hatte, anders als etwa die in Deutschland beliebten Studiengebühren für Langzeitstudenten, die die Studienzeiten verkürzen sollen, es aber unter Umständen sogar attraktiv für Hochschulen machen, mehr Langzeitstudenten an sich zu binden. Mit ihrem jüngsten Reformpaket könnte die australische Regierung die Zustimmung allerdings doch verspielt haben. Ab 2005 dürfen die Universitäten nach eigenem Ermessen bis zu 30 Prozent auf die Gebühren draufsatteln. Doch das erzürnt die Studenten nicht so sehr wie eine andere Regelung, die zwar schon seit ein paar Jahren existiert, jetzt aber deutlich verschärft wird: Bis zu 35 Prozent der Studienplätze können die Hochschulen dann an Vollzahler verkaufen, die statt des HECS-Tarifs bis zu dreimal so viel entrichten – im Voraus und direkt an die Hochschule ihrer Wahl. Zum Teil sind das internationale Studenten, denen das HECS nicht zusteht, doch auch immer mehr Australier verzichten auf die staatliche Subvention, um trotz schlechterer Noten ein Studium aufnehmen zu können.

Verständlich, dass die Hochschulen sich der Nachfrage anpassen und immer mehr Geld in jene Studiengänge stecken, die unter den Vollzahlern attraktiv sind, Jura vor allem und BWL. Die Steuerungseffekte sind da, die akademische Zwei-Klassen-Gesellschaft wird Wirklichkeit: Nicht allein die Leistung zählt, sondern der Geldbeutel. "Das ist wirklich nicht in Ordnung", sagt Felicity Anderson. "Dadurch geraten jene Studenten unter Druck, die nicht solche finanziellen Ressourcen haben."

Auch wenn die Regierung kostengünstige Kredite mittlerweile selbst für Vollzahler anbietet und die Einkommensschwelle wieder auf 30000 Dollar anheben will: Das HECS ist in Schieflage geraten. Dabei war es seine soziale Ausgewogenheit, mit der das System einst überhaupt gerechtfertigt werden konnte. Es ist die gleiche Ausgewogenheit, die Befürworter von Studiengebühren in Deutschland wieder betonen. Bildungsexperte Simon Marginson würde die Entwicklung gern zurückdrehen: niedrigere Gebührensätze, keine Vollzahler, alles Geld bleibt an den Hochschulen. Das wäre es. So habe es auch am Anfang funktioniert. Ob die Umkehr möglich ist? Marginson ist skeptisch. "Die Schwelle ist schon überschritten." Seien Studiengebühren erst eingeführt, warnt auch Edelgard Bulmahn, könne keine Ministerin späteren Missbrauch verhindern. Vielleicht aber kann Deutschland von Australien ja beides lernen: wie man Studiengebühren richtig macht und

wovon man lieber gleich die Finger lässt.